



Der Hamburger Immobilienmarkt zeigt es deutlicher als so manche Analyse über die soziale Entwicklung der Stadt: Während die Preise in bestimmten, als begehrt geltenden Stadtteilen explodieren, stagniert diese Entwicklung, trotz der niedrigen Zinsen, in den Gebieten, die von Armut geprägt sind. Als Nachfragekriterium gilt immer mehr die Nachbarschaft. Das heißt: mit jemandem, der arm und bildungsfern ist und - sagen wir es deutlich - einen ausländischen Hintergrund hat, will man nichts zu tun haben. Und vor allem die eigenen Kinder will man nicht zusammen mit denen aus besagten Familien aufwachsen lassen.

Aber um nicht missverstanden zu werden: es geht hier nicht um Elternschelte. Es ist in Bezug auf die Schulwahl absolut legitim in einer Gesellschaft, in der der Wettbewerb und damit der Einsatz des Ellbogens die wichtigste Verhaltensmaxime ist, für sein Kind die Variante zu wählen, von der man meint, dass sie am erfolgversprechendsten ist. Ich weiß nur zu gut aus eigener Erfahrung, welcher Druck bei dieser Entscheidung auf einem lastet. Der Fehler liegt am System, es gibt hier kein Richtiges im Falschen. Sich allein auf diese Position zurückzuziehen, ist allerdings zu bequem. Sich fatalistisch geben und sagen, dass der Markt diese Ergebnisse zeitigt, die vielzitierte unsichtbare Hand das regelt, wäre so eine Variante - oder man versucht, dieser Entwicklung politisch Einhalt zu gebieten. Denn die Segregation der

Bevölkerung nach Einkommen, Herkunft und Bildungsstand ist kein Naturgesetz, sondern beeinflussbar, u.a. durch das Zwei-Säulen-Schulmodell.

Dieses von so vielen gepriesene Projekt entpuppt sich immer mehr als Motor einer sich vertiefenden sozialen Spaltung. Über die Hälfte der Kinder eines Jahrgangs wechseln auf das Gymnasium, seit Jahren mit steigender Tendenz. Das Komplement, die Stadtteilschule, wird immer mehr zur Restschule. Hinzu kommt, dass alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien die Inklusion behinderter Kinder in die Regelschulen beschlossen haben, letztendlich aber die Stadtteilschule nahezu die alleinige Last zu tragen hat. (Zahlen hierzu auf Seite 13)

Dass es unter diesen Bedingungen den Stadtteilschulen dennoch gelingt, einen Teil ihrer Schüler_innenschaft zum Abitur zu bringen, grenzt dabei schon an ein Wunder. Die jüngsten Untersuchungen zu diesen Schüler_innen fanden heraus, dass deren Lernzuwächse in den drei Jahren bis zum Abitur größer sind als die der Gymnasiast_innen im gleichen Zeitraum. (s. Interview mit Ulf Vieluf zu KESS 12 und 13 in hlz 10-11/2013, S.24) Dass dann am

strom zu den Gymnasien (s. Interview mit der schulpolitischen Sprecherin der CDU, Karin Prien auf Seite 14). Dass die FDP dies mit Beifall belohnt, überrascht nicht, es zeigt, dass diese Kräfte die politische Implikation nicht sehen oder nicht sehen wollen oder diese auf dem Altar des Populismus opfern.

Wie anzweifelbar die Schlüsse sind, die nach der Veröffentlichung der Abiturnoten (HA v. 11./12. Januar) gezogen wurden, belegt schon die Tatsache, dass von den Leistungen, die in die Abinote eingehen, nur 19% in Zusammenhang mit zentralen Aufgaben erbracht wurden. So ist auch die Reaktion unserer ehemaligen Vorsitzenden Christiane Albrecht, Abteilungsleiterin an der Stadtteilschule Finkenwerder, ermutigend, wenn sie zu den Ergebnissen ihrer Schule meint: „Wir tragen die rote Laterne mit Stolz. Abi-Notenschnitt-Ranking zu erstellen und zu veröffentlichen ist einfach nur unanständig.“

Ob wir nun mit einem Dammbuch in Sachen Veröffentlichung aller Leistungen von Schüler_innen und Lehrer_innen zu rechnen haben, wird die Zukunft zeigen. Wenn es dazu käme, sollten allerdings alle Karten auf den

Joachim Geffers

Alles rennet, rettet, flüchtet

Ende die Ergebnisse dieser Schüler_innen im Abitur unter denen der Gymnasiast_innen bleiben, verweist eher auf die Benachteiligung der StS-Schüler_innen in der Mittelstufe als auf deren geringeres Leistungsvermögen.

Wenn nun also eine Partei wie die CDU eine Große Anfrage zum Thema Abiturleistungen stellt, wissend, dass damit eine Öffentlichkeit hergestellt ist, trägt sie die Verantwortung für eine Entwicklung, die sie vielleicht gar nicht will: Einen weiteren Zu-

Tisch, so wie es bspw. in Kanada üblich ist: Dort wird mit der Veröffentlichung der Schüler_innenleistungen auch gleich das durchschnittliche Einkommen der Eltern veröffentlicht!

Sei's drum, am Ende könnten wir die Messe feiern und es würde wahr, was wir vor Jahren schon mal als Titelbild für diese Zeitung gebastelt hatten: Aus dem Namensschild ‚Gymnasium Allee‘ wurde ohne großen grafischen Aufwand ein ‚Gymnasium für Alle‘.